

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 3. 34. Jahrg.

14. Januar 1921

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN,
STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN,
LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 2 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 3 Mk.

Redaktion:
Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsaßstr. 26-28, III. Redaktionsschluß:
Montag. Telefon: Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. Druck und Expedition:
Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

URABSTIMMUNG!

An die Kollegenschaft!

Der Vorstand hat in seinen Sitzungen wiederholt zur Finanzlage des Verbandes Stellung genommen und dabei festgestellt, daß sich unsere Rücklagen fortdauernd verringern. Wenn dieser Zustand die immer größer werdenden Aufgaben des Verbandes und die Durchführung der Beschlüsse nicht gefährden soll, ist ein herzhafter Eingriff notwendig. Dieser kann nicht in einer Beschränkung der Erledigung unserer Aufgaben, sondern nur in Zuführung größerer Mittel eine nachhaltige Wirkung ausüben.

Neben den andauernd steigenden sächlichen und persönlichen Verwaltungsausgaben in der Zentrale, den Gauen und Mitgliedschaften, haben die Konferenzen der Vertragsparteien, das Verbandsorgan und einige Unterstützungszweige unsere Mittel erheblich in Anspruch genommen.

Dabei stehen wir vor der Notwendigkeit, die Streikunterstützung wesentlich erhöhen zu müssen.

Der gesunkene Geldwert macht die Erhöhung dieser Unterstützung, als einzige Einnahme des Einzelnen in Streikzeiten, erforderlich. Wir stehen aber auch sonst vor der Erledigung sowohl eigener, wie innerhalb des Gewerkschaftsbundes und des Graphischen Bundes zur Erfüllung allgemeiner Aufgaben, die größere Mittel erfordern.

Die Arbeiterschaft wird zur Führung der Wirtschaft mit berufen und muß um Heranbildung geeigneter Kräfte besorgt sein. Der Bundesvorstand hat durch Beschluß der Vorstandsvorstände Beteiligung an der Frankfurter Arbeiter-Akademie in größerem Umfange zugesagt. Auch unser Verband wird hierzu geeignete Schüler stellen und größere Mittel aufbringen müssen.

Weiter müssen zur Heranbildung der Betriebsräte große Aufwendungen gemacht werden, da die Führer der Wirtschaft sich auf die Betriebsräte stützen müssen. Die Notwendigkeit solchen Aufwandes wird kein einsichtiger Kollege bestreiten. Denn es hat keinen Zweck zu leugnen, daß es auch in unseren Kreisen an historischen und ökonomischen Wissen zur Erfüllung solcher Aufgaben sehr mangelt.

Die Herausgabe der »Graphischen Rundschau« ist ebenfalls immer dringender geworden. Auch sie erfordert größere Mittel.

Das alles veranlaßt den Vorstand im Benehmen mit dem Verbandsausschuß, gemäß § 50, Ziffer 1 b des Statutes die Mitglieder zu befragen.

Wir beantragen, den Beitrag für männliche Mitglieder um wöchentlich 2,— Mark also auf 5,— Mark, für weibliche Mitglieder um 1,— Mark also auf 2,70 Mark zu erhöhen.

Als augenblickliche Gegenleistung käme nur eine Erhöhung der Streikunterstützung, die demnächst nach § 12, Ziffer 1 des Statutes festzusetzen ist und eine Abrundung der Arbeitslosenunterstützung von 20,— auf 21,— Mark in Frage. Letzteres zur einfacheren Verrechnung einzelner Tage.

Der dann verbleibende Rest des erhöhten Beitrages soll als Rücklage dienen, der wir nach Meinung des Vorstandes in kürzerer Zeit bedürfen, als viele Mitglieder anzunehmen geneigt sind.

Das Bestreben des Reichsausschusses der Industrie geht unverkennbar dahin, in der Aufwärtsbewegung der Löhne nicht nur einen Stillstand, sondern bei den höheren Löhnen einen Abbau herbeizuführen. Einige Verbände haben diesen Einflüssen gegenüber bereits

Millionen für Streikunterstützung aufwenden müssen. Bei dem immer noch bemerkbaren Anziehen der Preise und der Tatsache, daß unsere Kollegen das Existenzminimum noch nicht erreicht haben, ist die Gefahr, die aus solchem Verhalten der Unternehmerzentrale entspringt, für uns ungleich größer, als für bereits höher entlohnte Arbeiterschichten. Und dieser Gefahr läßt sich nur mit realen Mitteln begegnen.

Der Vorstand würde pflichtvergessen handeln, wollte er der Kollegenschaft die nach seiner Meinung kommenden Dinge verheimlichen oder beschönigen.

Wir sind aber auch der Meinung, daß rein rechnungsmäßig die Mitglieder eine solche Erhöhung des Beitrages tragen können. Bis 1914 war der Beitrag der Lohn von 1 1/2 bis 2 Arbeitsstunden; der jetzige Beitrag ist der Lohn von 1/2 bis 3/4, bei der beantragten Erhöhung würde er es von 3/4 bis 1 Arbeitsstunde sein.

Der Vorstand schreibt, gestützt auf § 50, Ziffer 3 des Statuts für den

26. Februar 1921 die URABSTIMMUNG

über seinen Antrag aus. Bis zu diesem Tage können in den Mitgliedschaftsversammlungen nach § 50, Ziffer 4 des Statutes die Abstimmungen vorgenommen werden, deren Resultat dem Vorstand sofort mitzuteilen ist. Die Mitgliedschaftsrevisoren haben das Ergebnis zu bestätigen.

Am 26. Februar 1921 wird die Abstimmung geschlossen!

Entscheidet sich die Mehrheit der abstimmenden Kollegen für unsern Antrag, so würde der erhöhte Beitrag von 5,— Mark für männliche und 2,70 Mark für weibliche Mitglieder erstmalig ab 3. April 1921 zu zahlen sein.

Die Beiträge der Halbmitglieder bleiben unverändert.

Im weiteren haben sich Vorstand, Verbandsausschuß und Beirat mit den durch niedrige Entlohnung entstandenen besonderen Verhältnissen der Porträtphotographen-Mitglieder befaßt. Nach längeren Erörterungen sind wir dazu gekommen zu beantragen:

Den Beitrag für männliche und weibliche Mitglieder der Porträtphotographenbranche in der bisherigen Höhe beizubehalten. Dafür sollen in den Unterstützungssätzen folgende Veränderungen eintreten:

Umzugs- und Reiseunterstützung: Die Gesamtbezugsziffern werden auf 84,—, 126,—, 168,—, 210,— und 252,— Mk. festgesetzt;

Arbeitslosenunterstützung: Die Dauer des Bezugs wird auf 4, 6, 8, 10, 12 Wochen festgesetzt;

Krankenunterstützung: Die Dauer des Bezugs wird auf 6, 10, 15, 23 und 30 Wochen festgesetzt.

Die Höhe der wöchentlichen Unterstützung ist die gleiche wie bei allen übrigen Mitgliedern. Das würde eine sinngemäße Änderung der §§ 18, Ziffer 1 und 23, Ziffer 1 für Porträtphotographen herbeiführen.

Diese Ausnahmestellung soll vorläufig bis zum nächsten Verbandstage bestehen und dann besonderer Beschlußfassung unterworfen werden.

Den Porträtphotographenkollegen bleibt es unbenommen, den durch die Urabstimmung zu erhöhenden Beitrag zu zahlen und dann die bisherigen Unterstützungseinrichtungen in Anspruch zu nehmen.

Wir bitten, in den Mitgliedschaften rechtzeitig zu unseren beiden Anträgen Stellung zu nehmen und getrennt darüber abzustimmen.

Der Vorstand.

Inhalt:

Hauptteil: Urabstimmung. Bekanntmachungen. Neue Teuerungszulagen für Lithographen und Steindruck. Arbeitsgemeinschaft oder Klassenkampf. I. — **Allgemeines:** Brief aus Argentinien. Ortsbericht Aschersleben. — **Der Betriebsrat:** Rücktritt des Betriebsrates der Reichsdruckerei. — **Der Lithograph:** Ortsbericht Berlin, Kartographen. — **Die photomechanischen Fächer:** Die neue Lage. — **Feuilleton:** Franz v. Defregger jr. — **Abrechnung 2. Quartal 1920.**

Bekanntmachungen.

Streik der graphischen Arbeiter.

Die graphischen Arbeiter der früher preußischen, jetzt polnischen Gebiete stehen im Streik. **Zugung ist unbedingt fern zu halten!**

Ferner weisen wir darauf hin, daß Kollegen, die nach Eintritt normaler Verhältnisse nach dort in Stellung gehen wollen, unbedingt Erkundigung einholen müssen, widrigenfalls die Kollegen auf keine gute Aufnahme hoffen dürfen.

Erkundigung ist einzuholen beim Kollegen *Edm. Szymanski*, Steindruck, *Poznan* (Polen) al Staszycza 22.

An alle Orts- und Gauvorstände

sandten wir Rundschreiben Nr. 27 und 28. Beide Rundschreiben sind von großer Wichtigkeit. Während Rundschreiben Nr. 27 die ausgeschriebene Urabstimmung behandelt und Anleitungen dazu gibt und sonst noch eine Reihe wichtiger Fragen behandelt, enthält Rundschreiben Nr. 28 einiges über den Verlauf und das erzielte Ergebnis der Lohnverhandlungen im Lithographie- und Steindruckgewerbe.

Sollte irgendwo diese Sendung nicht eingegangen sein, so bitten wir um sofortige Mitteilung, damit Zusendung noch einmal erfolgen kann.

Das Inhaltsverzeichnis der Graph. Presse

Jahrgang 33, 1920, befindet sich im Satz. Da wegen der hohen Papierpreise nur soviel gedruckt werden als notwendig sind, wird nochmals darauf verwiesen, daß jeder Kollege, der ein solches Verzeichnis zu haben wünscht, seine Bestellung unverzüglich an die Expedition der »Graphischen Presse«, Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Auguststraße 8 aufgeben muß. Bestellungen die nach dem 24. Januar eingehen, können keine Berücksichtigung mehr finden.

Der Verbandsvorstand.

Tarifat für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe.

Briefadresse: Berlin SW. 68, Markgrafenstr. 73, III.

Bekanntmachung.

Die beiden Vertragsorganisationen, der Verband Deutscher Steindruckereibesitzer und der Verband der Lithographen, Steindruck und verwandten Berufe haben im Verfolg eines Gehilfenantrages auf Gewährung einer weiteren Teuerungszulage in einer am 9. Januar 1921 zu Berlin stattgefundenen Verhandlung nachstehende Vereinbarungen getroffen:

Alle Gehilfen erhalten ab 1. Januar 1921 eine weitere Teuerungszulage; im Alter von:
18 bis 24 Jahren 20,— Mark
über 24 Jahre 25,— „
in der Woche.

Bei Kurzarbeit wird die Zulage anteilig berechnet. Seit dem 18. Oktober 1920 unter Protest oder Vorbehalt gewährte Zulagen werden angerechnet.

Örtliche Verhandlungen sind während der Dauer der Vereinbarung nicht gestattet.

Die Vereinbarung gilt bis 31. März 1921.

Berlin, den 9. Januar 1921.

Für den Verband

Deutscher Steindruckereibesitzer:
Dr. L. Hagelberg.

Für den Verband der Lithographen,
Steindruck und verwandten Berufe:
Joh. Haß.

Neue Teuerungszulagen für Lithographen und Steindruck.

Der Schiedsspruch, gefällt im Reichsarbeitsministerium am 16. Oktober 1920, schloß trotz seiner vollständigen Unzulänglichkeit auch noch die ledigen Kollegen von einer weiteren Lohnerhöhung aus und erzeugte damit eine Verbitterung in allen Kollegenkreisen, die sich naturgemäß und auch mit Berechtigung nicht unter der Decke hielt. Im Gegenteil wurde mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß nach Umfluß des bis zum 31. Dezember befristeten Abkommens diese Scharte wieder weggemacht werden müßte und einträglich davor gewarnt, sich erneut in ähnliche Dinge einzulassen. Wenn auch der im Reichsarbeitsministerium gefällte Schiedsspruch ganz gegen unsere bisher vertretene Auffassung gerichtet war, so ließ er doch nur die eine Entscheidung zu: annehmen oder ablehnen. Die Gehilfenvertreter entschieden sich damals in Ansehung der Lage mit Recht für Annahme, waren sich aber dessen vollständig bewußt, daß bei passender Gelegenheit eine Korrektur der Wirkung des Schiedsspruches vorgenommen werden müßte.

Wenn nicht früher, mußte die Zeit dafür mit Ablauf des Abkommens gekommen sein. Das Sträuben unserer Unternehmer, rückwirkende Lohnzulagen zu zahlen, veranlaßte den Verbandsvorstand schon Anfang Dezember beim Verband Deutscher Steindruckereibesitzer neue, noch im Dezember stattfindende Verhandlungen zu beantragen. Aus einer ganzen Anzahl von Gründen glaubten die Unternehmer unsern Wünschen nicht nachkommen zu können und erst, nachdem die Zusicherung der Wirkung des neuzuschließenden Abkommens ab 1. Januar gegeben war, willigte der Verbandsvorstand ein, diese Verhandlungen für den 9. Januar anzusetzen.

Der 9. Januar ist vorüber und die Verhandlungen haben in Berlin stattgefunden. Entgegen der früheren Gepflogenheit, den Unternehmern schon vorher die Forderungen der Gehilfenschaft zu unterbreiten, wurde diesmal die Forderung erst zu Beginn der Beratungen bekannt gegeben. Die Ursache zu diesem Verhalten war die unterschiedliche Stellungnahme der Mitgliedschaften, deren Forderungen Spannungen aufwiesen, die erst in Beratungen mit den Gehilfenvertretern auf eine einheitliche Norm gebracht werden konnten.

Wie bisher immer, trug auch die den Verhandlungen vorausgehende Vorbesprechung der Gehilfenvertreter dem Kollegen Haß die Begründung der Gehilfenforderung auf. In groß angelegter Rede schilderte Kollege Haß die Lage der Gehilfen, behandelte die ökonomische und kommerzielle Lage Deutschlands und der Welt im allgemeinen und die unseres Gewerbes im besonderen und zog, seine Ausführungen zusammenfassend den Schluß, daß nur ein konsequent durchgeführter Preisabbau aus diesem Elend herausführe. Trotzdem die Gewerkschaften mit all ihr zur Verfügung stehenden Kraft auf dieses Ziel hinarbeiten, müsse diesmal erneut die Kette: Preiserhöhung — Lohnerhöhung — Lohnerhöhung — Preiserhöhung um ein weiteres Glied fortgesetzt werden. Die Gehilfenvertreter beantragen des halb eine Erhöhung des Lohnes um 50 Mk. in der Woche und erwarten angesichts der Tatsache, daß das Gewerbe sich in aufsteigender Linie befindet, eine restlose Erfüllung ihrer Forderungen, zumal eine Reile der Unternehmer in Verhandlungen mit der Belegschaft unumwunden erklärt hatten jede Teuerungszulage zahlen zu können, sofern sie sich durch zentrale Vereinbarungen auf alle gleichmäßig erstreckte.

Im Gegensatz zu Kollegen Haß führte der Vorsitzende der Unternehmer, Herr Dr. Hagelberg aus, erst die Art der Einreidung der Forderung streifend, daß die Unternehmer wohl anerkennen, daß die Arbeiter durch die lange Dauer der Krisenzeit wohl dazu gezwungen sind Anschaffungen zu machen. Aber die

Steigerung der Warenpreise sei nicht in dem Maße wie früher zu verzeichnen; in einigen Fällen sei sogar ein erheblicher Abbau zu verzeichnen. Zur Besprechung der allgemeinen Wirtschaftslage übergehend betont Redner, daß der Abbau der Löhne und Preise, der katastrophal in England und Amerika eingesetzt habe, auch unser Gewerbe stark beeinflussen werde und die sich daraus ergebenden weltwirtschaftlichen Wirkungen nicht gerade rosig in die Zukunft blicken ließen. Im Gegenteil müsse das Gewerbe, da es Luxusgewerbe sei, mit weiteren Bedrückungen rechnen, und es sei so eine Unmöglichkeit eine Zulage in der geforderten Höhe geben zu können.

In der nun folgenden Aussprache trafen die Gegensätze, vielleicht gerade wegen der hohen Sachlichkeit in voller Schärfe aufeinander. Wer glaubt in solchen Verhandlungen mit allgemeinen Redensarten Eindruck erzielen zu können, irrt ganz gewaltig. Da muß schon hieb- und stichfest sein was gesagt wird und von voller Kenntnis der Dinge getragen sein. Die Gehilfenvertreter haben auch bei diesen Verhandlungen wacker für die Interessen der Gehilfenschaft gestritten, ohne sich durch den diesmal bedeutend größeren Kreis der anwesenden Unternehmervertreter beirren zu lassen. Es muß aber auch gerechterweise gesagt werden, daß die Unternehmer verstehen ihre Interessen zu vertreten und die für sie sprechenden Argumente zu gebrauchen wissen.

Da inzwischen die Mittagspause herangekommen war, ersuchte Kollege Haß als Verhandlungsleiter die Unternehmer nach Wiederbeginn der Verhandlungen den Gehilfen einen Vorschlag zu machen. Nach langen Sonderberatungen der Unternehmer erklärten sie durch den Mund Dr. Hagelbergs, daß es ihnen schwer gefallen sei, zu einem Resultat zu kommen. Um aber den Gehilfen entgegen zu kommen, machen sie folgenden Vorschlag: Es erhalten Gehilfen im Alter von

18—21 Jahren	10 Mk.
21—24 Jahren	15 Mk.
über 24 Jahren	20 Mk.

ab 1. Januar in der Woche.

An denjenigen Druckorten, an denen durch außertarifliche generelle Zulagen die Minimallöhne des Reichstarifs um mehr als 30 Mark überschritten sind, wird der Mk. 30.— überschüssige Teil auf die heutige Zulage angerechnet, jedoch nur bis zur Hälfte der heutigen Zulage.

Bei Kurzarbeit wird die Zulage anteilig verrechnet.

Seit dem 18. Oktober unter Protest oder Vorbehalt gewährte Zulagen werden angerechnet.

Örtliche Verhandlungen sind während der Dauer der Vereinbarung verboten.

Diese Vereinbarung gilt vom 1. Januar bis 31. März 1921.

Nach Sonderberatungen der Gehilfenvertreter erklärte Kollege Haß im Auftrag, daß dieser Vorschlag keine Basis zur Verständigung biete. Nach eingehender Schilderung der Wirkung des Vorschlages legte er dar, daß damit der Wunsch der Gehilfen auf einen Ausgleich des Schiedsspruches nicht erfüllt werde. Um aber zu einer Verständigung zu kommen, schlagen die Gehilfenvertreter folgendes vor: Gehilfen unter 24 Jahre alt erhalten 30 Mark, Gehilfen über 24 Jahre alt erhalten 40 Mark Zulage in der Woche.

Wieder setzt der Meinungsaustausch in aller Schärfe ein. Während die Gehilfenvertreter erneut den Nachweis führen, daß diese Lohnaufbesserung der Gehilfen unbedingt erfolgen muß, sind die Unternehmer der Ansicht, daß die Betriebe eine solche Belastung nicht tragen können. Erneut ziehen sich die Unternehmer zurück und unterbreiten dann folgenden Vorschlag: Es erhalten Gehilfen im Alter bis zu

24 Jahren	15 Mk. pro Woche
über 24 Jahre	20 „ „

Ab 15. Februar erhalten verheiratete Gehilfen eine weitere Zulage von Mk. 5.— in der Woche.

Der erste Absatz der ersten Erklärung fällt weg und es heißt dann weiter: Bei Kurzarbeit usw.

Auch diesem Vorschlage konnten die Gehilfenvertreter nicht zustimmen und erst nachdem in Kommissionsberatungen folgendes Ergebnis erzielt war, konnte nach 14stündiger Verhandlung die Basis der Einigung gefunden werden:

Alle Gehilfen erhalten ab 1. Januar 1921 eine weitere Teuerungszulage und zwar im Alter bis 24 Jahre Mk. 20 in der Woche über 24 Jahre Mk. 25 „ „ „

Bei Kurzarbeit wird die Zulage anteilig berechnnet.

Seit dem 18. Oktober unter Protest oder Vorbehalt gewährte Zulagen werden angerechnet. Örtliche Verhandlungen sind während der Dauer der Vereinbarungen nicht gestattet.

Die Vereinbarung gilt bis 31. März 1921.

Sind auch mit diesem Abschluß unsere berechtigten Wünsche und Forderungen noch nicht erfüllt, so ist doch damit wieder ein immerhin beachtlicher Schritt nach vorwärts getan worden, auch unter Beachtung der Tatsache, daß für das besetzte und das Industriegebiet eine etwas einschränkende Bestimmung mit in den Kauf genommen werden mußte, deren Text den Mitgliedschaften zugänglich gemacht worden ist. Es ist trotz aller Einwendungen eine nicht zu leugnende Tatsache, daß unser Gewerbe in der Hauptsache Luxusgewerbe ist und dadurch von der allgemeinen Wirtschaftslage abhängt. Dieser Umstand wird vielfach bei Beurteilung unserer Verhältnisse noch nicht gebührend beachtet. Selbstverständlich bleibt trotzdem bestehen, daß Forderungen so lange gestellt werden müssen, bis unsere Existenz gesichert ist und unsere Arbeitsleistung eine Einschätzung erfährt, die ihr gebührt. Dieses Ziel zu erreichen wird jedoch nur möglich sein, wenn alle Kräfte einheitlich und einig darauf zusteuern, unbeschadet der Anschauungen, die uns sonst trennen.

Arbeitsgemeinschaft oder Kampfororganisation.

Von W. Landa.

Den Funktionären mangelt es stets an der Zeit, denn die ganze Arbeit, welche die soziale Revolution dem Proletariat auferlegt hat, ruht auf den Schultern dieser wenigen Träger der Arbeiterbewegung und ihre Kräfte verzehren sich zusehends im Tageskampf. . . Aus diesem Grunde ist es auch mir erst heute möglich, zu diesem Thema noch einmal das Wort zu nehmen. —

So sehr eine polemische Auseinandersetzung die Meinungen klärt und so billig es wäre, Satz für Satz von dem zu widerlegen, was an sachlichem und unsachlichem gegen die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften ins Feld geführt wurde, so will ich es mir trotzdem versagen, diesen Weg zu beschreiten und zwar aus rein praktischen Gründen.

Würde man wirklich auf alle Einzelheiten polemisch eingehen, so dürfte die unausbleibliche Folge davon sein, daß dann von der anderen Seite aufs neue die Feder ergriffen wird, die Entgegnungen nehmen kein Ende und die »Graphische Presse« wird zur Streitschrift und zum Tummelplatz rednerischer, spitzfindiger Auseinandersetzungen, an welchen sich nur die persönlich Interessierten ergötzen.

Die Kollegenschaft im Reich aber bringt solcher Preßheide wenig oder gar kein Interesse entgegen, denn die Arbeiterschaft im allgemeinen hat es satt, Literatengezänk und Haarspaltereien über sich ergehen zu lassen.

Worauf es heute ankommt, das sind positive Vorschläge, auf welchem Wege das Proletariat aus seiner Verelendung befreit und seine Existenzverhältnisse gebessert werden können.

Unter Berücksichtigung dieses Gesichtspunktes will auch ich mich im allgemeinen nur auf das Wesentliche und grundsätzliche beschränken.

In dem gewaltigen Gärungsprozeß, der sich in allen Ländern vollzieht und der in seiner Ausdehnung sowie in seiner Wirkung ohne Beispiel in der Weltgeschichte ist, mühen sich die Hirne der Menschen ab, um einen Ausweg zu finden, der die Völker aus diesem Sumpf errettet und sie von ihren Leiden und Schmerzen befreit. Die Weltwirtschaft ist aus den Fugen und alle bisherigen Rezepte vermochten sie nicht wieder einzurenken. Ratlos stehen die Kapitalisten der Welt ihrem eigenen Chaos gegenüber.

Auf der einen Seite sehen wir in allen Ländern eine industrielle Stärkung, verbunden mit zunehmender Arbeitslosigkeit und Verelendung, einen absoluten Mangel an Lebensmitteln und Rohstoffen, kurzum ein Hungern und Darben der breiten Massen.

Auf der anderen Seite — um nur eins herauszugreifen — berichtet die Presse, daß die Konferenz der amerikanischen Baumwollpflanzer, Händler und Bankiers, beschlossen hat, die Baumwollernte durch Verminderung der Anbaufläche um 50 Prozent herabzusetzen und die Wochenschrift: »Das neue Europa« schreibt über die Konjunktur am Weltmarkt:

»Daß gerade das günstige Ergebnis der Welt-ernten, die Entwicklung ungünstig beeinflussen wird, wurde bereits ausgesprochen. Jede Nachricht, die vom Weltmarkt kommt, zeigt die Angst vor der Ernte und Schutzmaßnahmen gegen den unerwünschten Segen der Erde werden überall erzwungen. Man fürchtet eben mit Recht noch tieferes Herabgleiten der Preise, man fürchtet die Unrentabilität der Produktion.«

Was besagen diese wenigen Zeilen? Das reiche und günstige Ergebnis der Welt-ernte, eigentlich ein Segen für die Menschheit, wird in der kapitalistischen Gesellschaft zum Fluch.

Noch niemals und nirgendwo hat dieses bestehende Wirtschaftssystem seine Brutalität, seinen wahnwitzigen Widerspruch aber auch gleichzeitig die Unmöglichkeit und das Ende seiner Existenz bewiesen, als in der jetzigen Zeit des Zusammenbruchs.

Wohl besitzen die Kapitalisten die politische Macht, jedoch der Kapitalismus als System ist demassen demoralisiert, korrumpiert und zerrüttet, daß auf dieser Grundlage ein Wiederaufbau der Weltwirtschaft unmöglich ist.

Diese einfache, nüchterne und klare Erkenntnis finden wir nicht nur bei dem zielbewußten Teil des Proletariats, sondern in den weitesten Kreisen der Angestellten, Beamten und Kleinbürger ist man davon überzeugt, daß eine neue Grundlage geschaffen werden muß, um zu einer Gesundung der Verhältnisse zu kommen.

Ja, es gibt sogar weitblickende Kapitalisten, wie z. B. Rathenau, welche bereits die Meinung vertreten, der Kapitalismus habe seine Mission in der historischen Entwicklung erfüllt und müsse seiner anderen Form der Produktion Platz machen und zwar einer Art Gemeinwirtschaft. Diese Politik läuft aber letzten Endes auf einen Volksbetrug hinaus.

So wie vor 2000 Jahren, die christliche Lehre, welche ursprünglich den reinen Kommunismus predigte, im alten Rom mit den Cäsaren verhandelt, verfälscht und verraten wurde und man aus dem Kampf der Hütten gegen die Paläste eine staatlich anerkannte Religion konstruierte, welche das Volk in Wehmut und Demut gegenüber einer eingesetzten Obrigkeit zurückwarf, genau so will man heute mit dieser Gemeinwirtschaft den Sozialismus vortäuschen, um die Arbeiterschaft erneut mit Interesse vor den Wagen des Kapitals zu spannen. Aber immer größere Teile der Arbeitenden, immer neue Millionen erkennen dieses Scheinmanöver und verlangen kategorisch, daß an Stelle dieses verfaulenden Systems der wahrhafte Sozialismus, die Herrschaft der Arbeit gesetzt werde, damit endlich dieses zerrüttete Wirtschaftsleben in geordnete Bahnen gebracht werde und diesem unerträglichen Zustand ein Ende gemacht wird den man auf die einfache Formel bringen kann: die Reichen werden immer reicher und die Armen werden immer ärmer.

Dieser materielle Umwälzungsprozeß, der alles Bestehende aufwühlt, alle Begriffe durcheinander schüttelt und an dessen Ende nach allen historischen und philosophischen Gesetzen eine neue Idee als Siegerin hervorgehen muß, beeinflusst logischer Weise das gesamte Geistesleben und zeigt uns die eine Seite Dekadenz, Zerfall und Ausweglosigkeit so erblicken wir auf der anderen Seite das bewußte und unbewußte Ringen und Kämpfen um das noch Ungeklärte, welches aus den Ruinen ein neues Leben erblihen lassen soll. Von diesem Ideenkampf wurde naturgemäß auch die sozialistische Geisteswelt ergriffen; bestehende Differenzen vertieften sich, die politischen Parteien spalteten sich und nun kämpfen zweierlei Richtungen miteinander. Der Streit der Meinungen geht um die grundsätzliche Auffassung, ob der Sozialismus verwirklicht werden kann auf dem Wege der Reformen oder auf dem Wege des revolutionären Kampfes.

Die Reformisten sehen ihre zukünftige Aufgabe darin, zuerst einmal alles daran zu setzen, um das bestehende Wirtschaftssystem wieder aufzubauen, um dann mit Hilfe der Parlamente durch Gesetze und Reformen den Kapitalisten im Lauf der Zeit den Sozialismus abzulösen, um so, getreu der Voraussagung Bernsteins, allmählich in den Zukunftsstaat hineinzuzuwachsen.

Die revolutionären Sozialisten hingegen betrachten die Verwirklichung des Sozialismus als eine reine Machfrage, die nur im Kampf entschieden werden kann und sie sind weiter der Meinung, daß die ökonomischen Zustände und die daraus resultierende Verelendung des Proletariats die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit in absehbarer Zeit bedingt und zur Notwendigkeit macht und daß alle Vorbereitungen dazu getroffen werden müssen. Den vortrefflichsten Anschauungsunterricht für diese grundsätzliche Stellungnahme bietet der Verlauf der Revolution in Deutschland und in Österreich und die damit verbundene Reglerungslosigkeit der Reformsozialisten. Als die

Wogen hoch gingen, benutzte das Bürgertum die Scheidemann und Renner als Schildhalter ihrer eigenen Politik zur Beruhigung des Proletariats und schon nach zwei Jahren Koalition befindet sich die gesamte Macht in den Händen der Kapitalisten.

Solche Spuren schrecken. . . Dieser prinzipielle Meinungsstreit wird natürlich nicht nur in den politischen Parteien sondern in allen proletarischen Organisationen und so auch in den Gewerkschaften ausgefochten und wer diese Auseinandersetzung unterbinden will, der leistet der Arbeiterbewegung den denkbar schlechtesten Dienst.

Die Austragung des Ideenkampfes innerhalb der Organisation schafft Klarheit und letzten Endes auch jene grundsätzliche Einheit die wir alle wünschen und auch erstreben. Diese Einheit darf aber nicht erinnern an die Worte des deutschen Kaisers: »Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche«, denn dann wäre sie ein elender Kleister und beim ersten Windstoß flattert alles wieder auseinander. . .

Also, worum geht der Streit in den Gewerkschaften?

Die Gewerkschaften sind wirtschaftliche Organisationen, deren Aufgabe es ist, die Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder zu verbessern. Diese Aufgabe erfüllen die Gewerkschaften in der Vorkriegszeit im »harten Kleinkrieg« und es war ein hoher Erfolg für eine Berufsgruppe, wenn sie einen Tarif zum Abschluß brachte, der jedem Kollegen eine Lohnzulage von 5 Mark einbrachte.

Der Achtstundentag war für den Gewerkschaftsführer ebenso eine platonische Demonstrationserforderung wie für den Parteisekretär das allgemeine, geheime und direkte Wahrecht; an die Verwirklichung dieser Forderungen glaubte weder der eine noch der andere. In dieser Ideologie wirkte und kämpfte man Jahrzehnte und als sich nun mit einmal diese Wünsche erfüllten, der Achtstundentag zum Reinsgesetz erklärt war und Frau und Töchter zur Wahlurne schreiten konnten, da war man überglücklich und vergaß darüber, daß die Dinge durch die geschichtlichen Ereignisse längst überholt waren und es heute gilt, andere Forderungen aufzustellen, die wirksam die Lage des Proletariats heben. In den, vom Verschmelzungsparität angekommenen »Leitsätzen für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften« heißt es:

»Die gegenwärtige Taktik der Gewerkschaften in der Zeit des Verfalls der kapitalistischen Wirtschaft gleicht der Arbeit jenes sagenhaften Sisyphus, der im Schweiß seines Angesichts einen Stein dem Berg hinaufrollt mit dem Ergebnis, daß er oben angelangt, wieder den Berg hinabrollt.«

Und an anderer Stelle ist zu lesen:

»Die Gewerkschaften haben in allen Ländern nach dem Kriege Millionen von Arbeitern neu aufnehmen können, die alle eingetreten sind in der Hoffnung, daß die Gewerkschaft helfen würde, ihre unerträglichen Existenzverhältnisse zu bessern. Die Massen fühlen sich in ihren Hoffnungen getäuscht.«

Wer wagt es zu behaupten, daß diese Darstellung nicht die tatsächlichen Verhältnisse wiedergibt?

Die Gewerkschaften geben sich die erdenklichste Mühe, unter Aufwendung einer Unsumme von Zeit und Geld Lohnzulagen zu erreichen; die sich aber immer mehr als unzulänglich erweisen, denn kaum sind sie zur Auszahlung gelangt, so sind dieselben längst durch die wahnsinnige Teuerung, durch die Geldentwertung und durch die staatliche und kommunale Finanzwirtschaft überholt und so sinkt die faktische materielle Lage der Arbeiter immer tiefer und mit Sorge und Hoffnungslosigkeit blicken jene Familien in die Zukunft, deren Einkommen tatsächlich nur aus dem Arbeitslohn des Mannes besteht.

Dieser Lohn reicht nicht aus, um die notwendigen Nahrungsmittel zu kaufen und um die Finanzen nur annähernd im Gleichgewicht zu halten, werden in diesen Familien Gegenstände verkauft, die in Vorkriegszeiten als notwendig, heute aber bereits als Luxus von jenen betrachtet werden müssen. Nach dem neuesten Vorbild der Regierung, beruhigen nun auch die Privat-Unternehmer ihre Angestellten mit Vorschußzahlungen auf kommende Monatsgehälter; die Lage wird dadurch nicht im geringsten verändert, der Bankrott aber offen erklärt.

An irgendwelche Ausgaben für Garderobe oder Dinge der Kultur (Bücher, Besuch von Theater usw.) ist trotzdem nicht zu denken und so wird die Lebenshaltung dieser Proletarier materiell und auch kulturell immer mehr und mehr herabgedrückt und die Verelendung zieht immer weitere Kreise.

Wenn nun aber schon die wirtschaftliche Lage der Arbeitenden sich derart trostlos gestaltet, um wieviel verzweifelter ist sie erst in den Reihen der Arbeitslosen und immer lauter wird der Ruf:

»Wie lange noch, o Cattilina, willst Du unsere Geduld mißbrauchen?«

Angesichts dieser Tatsachen muß es ausgesprochen werden, daß die Gewerkschaften ihre Aufgabe und Verpflichtung — die Verbesserung der Existenzverhältnisse ihrer Mitglieder — in unserer Zeit nicht erfüllen und mit den bisherigen

vorkriegszeitlichen Mitteln auch nicht erfüllen können. Deshalb muß überall die Frage aufgeworfen werden, ob die Gewerkschaften so umgestellt werden sollen, daß sie den Aufgaben gerecht werden, die sich aus der ökonomischen und politischen Lage ergeben, oder ob sie in der bisherigen Weise fortzustehen sollen.



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Brief aus Argentinien.

Das darniederliegende Wirtschaftsleben Deutschlands hat seinen Einfluß in geradezu erschreckendem Maße auch auf das graphische Gewerbe ausgeübt und dadurch eine ganze Reihe brauchbarer Kräfte aus den Berufen hinausgetrieben. Die ständig drohende Arbeitslosigkeit, noch mehr aber die miserable Bezahlung der Berufsarbeiter hat einen nicht unerheblichen Teil der Gehilfen in andere, besser bezahlte Gewerbe untertauchen und dort festen Fuß fassen lassen. Aber auch die noch im Gewerbe vorhandenen Arbeiter sind ständig auf dem Sprunge, den unzulänglichen gewerblichen Verhältnissen zu entkommen und wenn irgend möglich, im Auslande ein berufliches Unterkommen zu suchen.

Als ein Land wirtschaftlicher Entwicklungsmöglichkeiten wird allgemein Argentinien bezeichnet und es steht ganz außer Zweifel, daß Argentinien sich auf aufsteigender Wirtschaftslinie befindet. Was jedoch Argentinien fehlt, sind nicht Arbeitskräfte des graphischen Gewerbes, sondern Handwerker, deren Vorarbeit notwendig ist, ehe Gewerbe wie das unsrige gedeihen können. Deshalb mußten auch Kollegen, die dort sich eine Existenz glaubten gründen zu können, die traurige Erfahrung machen, keine Arbeit zu finden und wieder abzureisen oder im Innern des Landes Kolonisationsarbeit leisten.

Über die Verhältnisse in Argentinien gibt nachstehender Brief Aufschluß, den wir glauben, den Kollegen nicht vorenthalten zu dürfen. Uns wird geschrieben:

Anlaß zu diesem Briefe geben mir unsere Landsleute, die als Auswanderer nach Südamerika kommen, ohne die hiesigen Verhältnisse nur ein wenig zu kennen. Deshalb will ich meinen Kollegen ein wenig die argentinischen graphischen Verhältnisse schildern.

Das argentinische Leben hat sich während und nach dem Kriege ziemlich verändert. Die Preise der Lebensmittel sowie alle anderen Bedarfsartikel sind sehr gestiegen. Ich kann hier nicht von jedem einzelnen Artikel den Preis angeben, aber man kann sagen, daß alles dreimal so teuer geworden ist, als es vor dem Kriege war, denn wir hängen von Nordamerika ab; Europa kann bis jetzt nichts liefern und daß die Nordamerikaner die Zeit ausnützen, ist selbstverständlich.

Der Pesos hat hier zurzeit zirka soviel Wert wie in Deutschland 50 Pfg. vor dem Kriege.

Die Auswanderer glauben, in Südamerika ein leichtes Leben zu finden, aber sie täuschen sich sehr. Es sind schon in Buenos Aires mehrere Lithographen und Steindrucker aus Deutschland angekommen, konnten aber keine Arbeit hier finden und so sind einige schon wieder nach Brasilien abgereist. Auch im Lande (am Kamp) befinden sich welche. Daß das Landleben nicht ganz angenehm ist, kann der Steindrucker Herr A. Steuer, Verein „Vorwärts“ in Buenos Aires, Calle Rincon 1054, erzählen, welcher, statt des Landlebens, durch Zufall in Buenos Aires eine Anstellung bekommen hat. Momentan suchten noch zuletzt aus Deutschland angekommene Lithographen Stellung, jedoch ohne Erfolg, denn ausgesprochene deutsche graphische Geschäfte gibt es hier nicht. An tüchtigen Kräften mangelt es hier auch nicht.

Die meisten Druckereien besitzen hier die Italiener, dann Spanier und Franzosen und jedes Geschäft stellt seine Landsleute ein. Vor dem Kriege hat man noch keinen Unterschied gemacht, aber jetzt ist es ganz anders.

Außer Buenos Aires gibt es noch 3 Städte, wo sich Druckereien befinden, aber auch dort werden keine Arbeitskräfte gesucht, denn die hiesige Industrie ist noch zu schwach und man merkt, daß hier an Arbeitskräften in unserem Fache ein Überschuß vorhanden ist.

Es ist auch kein Wunder, denn die meisten Auswanderer von Europa kommen nach Buenos Aires. Hier ist der Schluß; die Schiffe gehen nicht weiter und hier sucht auch jeder nach Beschäftigung. Daß die Stadt Buenos Aires nicht alle versorgen kann, ist selbstverständlich. Landwirtschaftsleute, welche Geldmittel besitzen, finden hier noch ihre Existenz. Leider gibt es hier schon zu viele Lithographen und Steindrucker, welche aus Mangel an Arbeit zu anderem Fache übergehen mußten.

Unter dem „Aussetzen“ leiden die Arbeiter auch sehr. Das kommt häufig vor in den Monaten Mai bis Oktober. Manchmal wird im Monat nur 4-5 Tage gearbeitet, die andere Zeit kann man spazieren gehen ohne jede Unterstützung. Denn man ist nicht entlassen; nur ausgesetzt wird, bis wieder Arbeit kommt.

Auch viele Streiks kommen hier vor und ziehen sich Monate lang hin. Im Jahre 1919 hat der graphische Streik über 5 Monate gedauert und mit der Niederlage der Arbeiter gendert. Trotz der kleinen Unterstützung während des Streiks (1 Pesos täglich), war der Fond bald ausgeschöpft und mit 1 Pesos täglich zu leben ist absolut nicht möglich. Ich rate deshalb jedem Kollegen, sich ja gründlich zu überlegen, nach Südamerika auszuwandern. Mit dem Gelde, welches die Eisenbahn und Schiffahrt kostet, kann er zu Hause die jetzige Krise überstehen oder was anderes anfangen.

Nähere Auskunft gibt gerne die „Federacion Grafica Bonaerense“, Sociadades Unidas, Buenos Aires (Rep. Argentina) Calle Rincon 1054.

Ortsberichte.

Ashersleben. Am Freitag, den 17. Dezember fand im Restaurant Braustübel eine Versammlung der Lithographen und Steindrucker der Zahlstelle Ashersleben statt. Nach Erledigung verschiedener örtlicher Angelegenheiten kam man auf die jetzige Teuerung zu sprechen, es entspann sich eine lebhafte Aussprache über die niedrigen im Lithographie und Steindruckgewerbe gezahlten Löhne, die weit hinter denen anderer Berufe gezahlten zurückstehen. Es braudt wohl kaum erwähnt werden, daß man bei diesen Löhnen nicht in der Lage ist, daß so sehr benötigte Schuhzeug, Kleidung usw. zu beschaffen, sondern kaum ausreicht, den nackten Lebensunterhalt zu fristen. Folgende eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme: >Die am Freitag, den 17. Dezember im Braustübel tagende Versammlung der Lithographen und Steindrucker Asherslebens protestieren über die niedrigen, im Lithographie- und Steindruckgewerbe gezahlten Löhne, sie fordern vom Hauptvorstand, dahin zu wirken, daß bei den kommenden Lohnverhandlungen das Existenzminimum herausgeholt wird. Die Asherslebener Kollegenschaft fordert als wöchentliche Teuerungszulage 75 Mk. zu den jetzt gezahlten Löhnen. Die Kollegen hoffen, daß bei den kommenden Lohnverhandlungen die Unternehmerschaft mehr entgegenkommen zeigen wird, als das bisher der Fall gewesen, damit auch die Kollegen in unserem Berufe in der Lage sind, ein etwas besseres Dasein fristen zu können.



Der Betriebsrat

Rücktritt des Betriebsrates der Reichsdruckerei.

Der Betriebsrat der Reichsdruckerei, bestehend aus 23 Personen, der 3 sozialistischen Parteien (10 S.P.D., 9 U.S.P.D. und 4 V.K.D.P.), hatte es sich stets angelegen sein lassen, seine gewiß nicht leichte Pflicht zu erfüllen. Sein Vorläufer, der aus der Revolution herausgeborene Arbeiterrat, hatte dem Betrieb über alle Schwierigkeiten und Erschütterungen der unruhigen Zeit ohne nennenswerte Störungen hinweggeholfen. Dadurch wurden dem Reiche Millionenwerte erhalten; die Produktion tatkräftig gefördert und so das Wirtschaftsleben, soweit es in seiner Kraft stand, im Gange gehalten.

Die Direktion scheint die Aufgabe des Betriebsrates nur darin zu sehen, daß er das Personal zu höheren Arbeitsleistungen antreibt, aber weiter nichts zu sagen hat. Nun halte aber der Betriebsrat die Ansicht, daß man die Hebung der Produktion in einem Staatsbetriebe etwas anders aufbaut, als aus dem Personal den letzten Rest Arbeitskraft herauszuholen, wie es im Kriege üblich war.

Am notwendigsten ist in einem Staatsbetriebe, wie die Reichsdruckerei, daß das alte veroppte Verwaltungssystem, das sich naturgemäß auf den technischen Betrieb auswirkt, im modernen, technischen Sinne umgestaltet werden muß. Nur so ist es möglich, die Rentabilität und Leistungsfähigkeit des Betriebes zu heben. Dies war dem Betriebsrat von jeher Leitmotiv. Die Direktion, bestehend aus Geheimen Regierungs-Posträten und einem Fachmann als Direktor, wachte eifersüchtig darüber, daß sich der Betriebsrat nicht zu viel Rechte herausnahm, sollte dies noch so sehr im Interesse des Betriebes liegen. Der Fachmann als Direktor konnte oder wollte es sich den Geheimräten gegenüber nicht durchsetzen. Er verstand es, sich mit bewundernswerter Virtuosität zwischen zwei Stühlen zu setzen. Alles dies zusammen führte zu ständigen Reibungen zwischen Direktion und Betriebsrat. Anlaßlich der Feier des 9. November kam der ständig drohende Konflikt zum Ausbruch. Die Direktion gab am 15. Dezember nachfolgende Bekanntmachung heraus:

Bekanntmachung der Direktion.

Kürzlich hat ein Arbeiter in seinem Arbeitsraum den Aushang einer Verfügung der Direktion, die auf Anordnung des Herrn Reichspostministers ergangen war, eigenmächtig entfernt, weil die Gegenzeichnung des Betriebsausschusses fehlte. Diese Handlungsweise ist unangehörig. Die Direktion hat selbstverständlich das Recht und ist unter Umständen verpflichtet, Bekanntmachungen zu erlassen, auch wenn der Betriebsausschuß ihrem Inhalte nicht zustimmen sollte; die Red.tswirk-

samkeit einer Verfügung der Direktion ist von der Mitzeichnung durch den Betriebsrat unabhängig. Wer derartige Bekanntmachungen verhindert, macht sich einer vorsätzlichen und rechtswidrigen Sachbeschädigung zum Nachteil der Reichsdruckerei schuldig, einer Handlung, die nach § 123 der Gewerbeordnung zum Anlaß fristloser Entlassung werden kann. Das Vorkommnis wird mit der Warnung zur allgemeinen Kenntnis gebracht, sich zu derartigen Ungehörigkeiten nicht hinreißen zu lassen.

Es sind der Direktion ferner Klagen zugegangen, daß solche Angehörige der Reichsdruckerei, die entsprechend der Weisung der Direktion am 9. November zur Arbeit erschienen sind, von ihren Mitarbeitern verhöhnt und bedroht wurden. Die Direktion erwartet, daß solche Belästigungen usw., falls sie in der Erregung vorgekommen sind, künftig unterbleiben. Es ist die Pflicht des Arbeitgebers, Arbeitnehmer, die den Verpflichtungen des Arbeitsvertrages nachkommen, bei Ausübung ihrer Arbeit zu schützen. Die Direktion würde gezwungen sein, diesen Schutz mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln durchzuführen, falls Anlaß zum Einschreiten gegeben werden sollte.

Der Betriebsrat antwortete, nachdem alle Versuche zur Beilegung der Konflikte erschöpft waren, durch seinen Rücktritt und begründete dies in einem Flugblatt an das Personal.

Entgegen allen bisherigen Gepflogenheiten, hat die Direktion ein Nachrichtenblatt herausgegeben, ohne den Betriebsausschuß davon in Kenntnis zu setzen. Das bedeutet einen glatten Bruch der erst kürzlich mit der Direktion getroffenen Vereinbarungen, die besagen, daß alle Bekanntmachungen und Verfügungen der Direktion im Entwurf dem Betriebsausschuß vorgelegt werden, der bei etwaigem Bedenken eine Besprechung mit der Direktion herbeiführen sollte.

Die Auffassung, daß die Rechtswirksamkeit einer Verfügung der Direktion von der Gegenzeichnung durch den Betriebsrat unabhängig sei, teilen auch wir. In der Besprechung mit der Direktion am 1. Dezember stellte der Betriebsrat ausdrücklich fest, daß er gar kein Interesse daran habe, alle Verfügungen der Direktion gegenzuzeichnen. Darauf erfolgte obige Vereinbarung. Das Aussprechen dieses Grundsatzes in der vorliegenden Form und in diesem bestimmten Zusammenhang aber bedeutet, daß damit alle gewerkschaftlichen Grundsätze hinfällig werden sollen. Von der so oft angezogenen Taktfrage ist nicht die Rede.

Das Abreißen von Bekanntmachungen der Direktion, die nicht die Gegenzeichnung des Betriebsausschusses tragen, billigen auch wir nicht. Derartige Fälle könnten für die Zukunft im Benehmen mit der Arbeiterschaft verhindert werden. Die Androhung, in solchen Fällen mit den schärfsten Mitteln vorzugehen, muß die Arbeiterschaft auf das äußerste erbittern.

Weiter geht die Direktion auf die Vorgänge am 9. November ein und behauptet, daß Beschimpfungen und Bedrohungen einzelner Arbeitswilliger stattgefunden haben. Sie stützt sich hierbei auf Zeugnisaussagen, ohne die Wahrheit dieser Aussagen durch Gegenüberstellung der angeblichen Zeugen mit den Anwesenden nachzuprüfen. Auch hier droht die Direktion, die Arbeitswilligen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu schützen. Das sind Scharfmacherklänge, die angestimmt werden, weil sich die Angehörigen der Reichsdruckerei erlauben, am 9. November zur Feier der Revolution der Gewerkschaftsparole zu folgen. Wir sollen anscheinend >herrlichen Zeiten< entgegengeführt werden.

Der Betriebsausschuß versuchte noch, durch Verhandlungen die Direktion zur Zurückziehung ihrer Bekanntmachung oder Abänderung zu veranlassen, was sie stükte ablehnte. Dadurch war die Richtschnur für das Verhalten des Betriebsrats gegeben.



Der Lithograph.

Ortsberichte.

Berlin, Kartographen. Eine am 22. Dezember 1920 von der Sektion der Kartographen einberufene Versammlung war von den Kartolithographen Berlins fast vollständig besucht. Folgende wichtige Tagesordnung lag der Versammlung vor: Die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Kartographiegewerbe und die bevorstehende Tarifrevision. Das Referat hatte Koll. Herbst vom Zentralvorstand übernommen. An Hand von früheren Statistiken und der Gegenüberstellung einer jetzt im Dezember 1920 aufgestellten Statistik konnte Kollege Herbst den Beweis erbringen, daß die Löhne im Kartographiegewerbe sich bedeutend verschlechtert haben. So wurde festgestellt, daß in den kartographischen Betrieben die Löhne im Durchschnitt nur 9 Mark über den tariflichen >Mindestlohn< betragen. Es konnte sogar von kartographischen Firmen berichtet werden, die sich in dieser Beziehung streng an den Tarifvertrag halten und nur die jeweiligen >Mindestlöhne< zahlen. Unter dem besonderem Hinweis auf die Qualitätsarbeit im Kartographie-

(Fortsetzung in der Beilage.)

gewerbe und noch anderer Tatsachen, müßte sich die gesamte Kollegenschaft überzeugen, daß es nun endlich an der Zeit ist, wenn die Kartographen auch ihre Lage mit aller Energie aufzubessern suchen. Dies müßte durchaus möglich sein, da eine anziehende Konjunktur auch im Kartographiegewerbe zu verzeichnen ist. In treffenden Ausführungen bewies Kollege Herbst, daß mit dem einheitlichen Willen und der nötigen Geschlossenheit der gesamten Kollegenschaft auch im Kartographiegewerbe bessere Lohnverhältnisse erzielt werden können. Das vorzügliche Referat nahmen die Kollegen mit lebhaftem Beifall auf. Von einer Diskussion wurde auf allgemeinen Wunsch Abstand genommen. Alsdann legte der Vorsitzende Kollege Seidel mit einer kurzen Begründung folgende Entschließung der Versammlung vor:

Die Versammlung der Kartographen in Berlin am 22. Dezember 1920 stellt fest, daß die Entlohnung der Kartographen, Kupferstecher, Karto lithographen und Zeichner in den kartographischen Betrieben nicht den Anforderungen entspricht, die an die hohe Qualität der Arbeit der Kollegen gestellt werden. Die Versammlung stellt ferner fest, daß auch die wiederholten Tarifrevisionen die Real löhne im Kartographiegewerbe nicht auf die Höhe gebracht haben, die sie in der Zeit vor dem Kriege hatten. Die Kollegenschaft fordert daher die Berliner Verwaltung auf, demnächst Schritte einzuleiten, um im Rahmen des geltenden Tarifes die Lohn verhältnisse der Kollegen so aufzubessern, daß sie den Zuständen der Zeit vor dem Kriege entsprechen. Die Versammlung überträgt die Führung der Bewegung der Berliner Verwaltung in Gemein schaft mit der Kartographenkommission und dem Hauptvorstand, und die Kollegen halten sich bereit, zu gegebener Stunde den Weisungen dieser Körperschaften zu folgen.

Auch hierüber wurde eine Debatte nicht gewünscht und die Entschließung wurde von den Kollegen einstimmig angenommen. Die Kollegen Seidel und Schneider forderten die Kollegen ebenfalls auf es nunmehr nicht an der nötigen Entschlossenheit und Energie fehlen zu lassen. Hier auf erklärte der Vorsitzende Kollege Seidel die eindrucksvolle Versammlung für geschlossen.

F. J.

Die photomech. Fächer.

Die neue Lage.

Der neue Tarif ist genehmigt, die Mehrheit der Deutschen Kollegen haben den neuen Abmachungen zugestimmt. Wie zu erwarten war! Ich sage mit Absicht nicht: die übergroße Majorität der deutschen Kollegen, denn das ist nicht der Fall. Wenn auch bei uns die relative Mehrheit eine größere war als bei den Buchdruckern, so erfordert es die Klugheit gebieterisch, bei Abstimmungen ernsthaft zu prüfen. Und ich möchte wünschen, daß beide Resultate auf der andern Seite ebenfalls gebührend beachtet werden und aus dessen Konsequenzen die Lehren gezogen werden im beiderseitigen Interesse. Denn eine objektive Betrachtung muß dazu führen einzusehen, daß es in der Zukunft nicht so weiter gehen kann, daß andere Bahnen beschränkt werden müssen. Die Auffassung daß nur die jeweilige Machtlage voll ausgenützt werden muß, führt über kurz oder lang mit mathematischer Sicherheit zur Katastrophe. Sollen die Tarifgemeinschaften in Wirklichkeit ihre geschichtliche Aufgabe erfüllen, so haben sie sich den veränderten Zeitverhältnissen entsprechend weiter zu entwickeln und es ist eine geradezu löbliche Verbindung, daß es immerzu wieder kurz-sichtiger Augenblickspolitik gelingt, den Sieg über die gesunde Vernunft davon zu tragen!

Immerhin, die neuen Bestimmungen treten bei unseren Druckerkollegen für zwei, bei uns für ein Jahr in Kraft und wir werden wohl als ehrliche Kontrahenten bestrebt sein, die getroffenen Vereinbarungen inne zu halten. Was uns aber nicht davon abhalten soll und darf, zunächst nochmals kritisch die neue Situation zu prüfen, und gleichzeitig zu überlegen, was zu tun sei in dem kommenden Jahre, für die Zukunft vorzuarbeiten.

Vor mir liegt der Bericht der Hauptversammlung des Bundes der chemigraphischen Anstalten und Kupferdruckereien Deutschlands, und es ist nun bezeichnend, daß hier, in Bezug auf die Trennung des Lohntarifes von der Preiskonvention, bemerkt wird, daß eine nicht unerhebliche Anzahl der Versammlungsteilnehmer große Bedenken hatten gegen diese Trennung!

Leider wird nicht dabei vermerkt aus welchen Gründen, aber es genügt auch so und gereicht einem zur Genugtuung, daß auch im Kreise der Unternehmer die Klugheit dieses Schrittes angezweifelt wurde.

Wie liegt nun die Sache in der Wirklichkeit? Nach allem was den Tarifverhandlungen voran ging, war nicht daran zu zweifeln, daß die Gehilfen nach wie vor bereit waren an der Preiskonvention mit zu arbeiten, unter der Voraussetzung jedoch, ganz andere Garantien für die Möglichkeit der Durchführung zu bekommen und gleichzeitig ein zeitentsprechendes Mitbestimmungsrecht in allen beruflichen Fragen. Es war m. E. eine Kurzsichtigkeit, als die Unternehmer auf die zu Anfang der

Beratungen dieses Punktes abgegebene Erklärung der Gehilfen eingingen ohne zu erkennen, weshalb zunächst eine solche Erklärung von den Gehilfen abgegeben werden mußte. Durch das Eingehen der Unternehmer auf diese Erklärung und durch Nichterfüllung der Wünsche der Gehilfenschaft auf erweitertes Mitbestimmungsrecht verhinderten sie, den unläuterer Elementen in unserem Berufe das Handwerk zu legen.

Nun, die Unternehmer wollen alleine damit fertig werden. Wir wollen sehen ob es ihnen gelingt. Aber dies eine sei heute nochmals mit aller Schärfe betont: dadurch, daß die Gehilfenschaft tariflich nicht mehr in der Sache mit zu reden hat, ist noch absolut nicht gesagt, daß sie an der Preisgestaltung in unserm Berufe *desinteressiert* sei, und ich glaube wohl im Gegenteil aussprechen zu dürfen, daß wir mehr denn je auf die ganze Preisgestaltung innerhalb unseres Gewerbes ein sehr wachsames Auge halten werden. Dies ausführlich zu begründen halte ich für vollständig überflüssig nach alledem, was über diesen Punkt schon geschrieben und gesprochen worden ist, es aber hier nochmals mit aller Schärfe zum Ausdruck zu bringen, halte ich für dringend geboten.

Daß der Charakter des Zwangstarifes beibehalten würde halte ich an und für sich für durchaus richtig. Die ideellen Gründe, welche dagegen anzuführen wären, sind ja allen bekannt. Wenn wir aber auf der einen Seite eine Zwangsformulierung unter unserer Mitwirkung verteidigen, woraus also hervorgeht, daß auch wir der Auffassung sind, daß erträgliche Verhältnisse vorderhand nur durch bindende Bestimmungen herbeizuführen sind, so wäre es Unsinn diese prinzipielle Auffassung hier zu verleugern. Nur hat sich durch die Trennung eine Änderung der Lage gebildet, deren Konsequenzen sich im Augenblick noch nicht übersehen lassen. Die bei den Verhandlungen zu dieser Frage abgegebene Erklärung unsererseits hat denn auch die Situation vollauf gewürgelt; es wird sich vorläufig erübrigen weiteres dazu zu sagen denn es hängt mit der Entwicklung der Dinge zu eng zusammen. Jedenfalls werden gegebene Fälle einzeln ernsthaft geprüft werden müssen.

Mit dem Akkordsystem hat Herr Römlner auch bei seinen eigenen Kollegen kein Glück gehabt. Aber das liegt nicht daran, daß unsere Arbeitgeber vom Akkordsystem an und für sich nichts wissen wollen, sondern an den Schwierigkeiten, die mit diesem System verknüpft sind. Es wurde im Gegenteil ausdrücklich hervorgehoben, daß die Einführung eines Akkordsystems zwecks Hebung der Produktivität wünschenswert sei.

Ich möchte hierzu sagen und glaube wohl in dieser Beziehung der gesamten deutschen Kollegenschaft aus dem Herzen zu sprechen:

Wir verweigern konsequent jede Art von Akkordarbeit; jetzt und in der Zukunft! Wir sind zu aufgeklärt um nicht zu wissen, daß die Ursachen unserer Berufskalamität auf anderem Gebiet liegen. Und so lange wir wissen, daß in erster Linie die Wucherergewinne unserer Rohstoffherzeuger jegliche Preissenkung unmöglich machen, solange werden wir für kein System — in welcher Form auch — zu haben sein, welches uns zwingt zu ersetzen, was diese fluchwürdige Gesellschaft rücksichtslos erpreßt.

Man möge in dieser Richtung von Unternehmenseite ernsthaft bestrebt sein Hand in Hand mit uns zu arbeiten an der Beseitigung dieses Übels wir sind dazu zu jeder Zeit bereit. Und ich glaube versichern zu können, sobald unsere Kollegen wieder einigermaßen als Menschen leben können, sobald ihre hochqualitativen Leistungen entsprechend bewertet werden, wird die quantitative Leistung ohne weiteres, ohne alle künstliche Mittel, wieder von selbst gehoben werden.

Hiermit wäre gesagt, was zu den neuen Abmachungen gesagt werden mußte. Ein Jahr gewerblichen Friedens liegt vor uns. Es soll aber kein Jahr des gewerblichen Schlafes werden. Die Diskussionen, welche im vergangenen Sommer nach meinem Artikel »Wohin der Weg« einsetzten, haben mit erfreulicher Deutlichkeit gezeigt, daß auch die deutschen Chemigraphenkollegen mit Interesse die Entwicklung verfolgen.

Nun Kollegen, auf den Plan!

Und nicht nur ihr Chemigraphenkollegen, sondern alle seid ihr interessiert daran wie sich die Politik der Tarifgemeinschaften entwickelt. Alle Arbeiterkategorien haben die Pflicht und die Aufgabe, ihre Mitbestimmungsrechte innerhalb der Tarifgemeinschaften auszubauen und zu erweitern.

Das kommende Jahr soll ein Jahr der Aufklärung und Vorbereitung sein, und bei den nächsten Verhandlungen müssen wir wissen, welchen Einsatz wir für den Preis zu wagen bereit sind.

Es muß durchdringen in alle Köpfe: nicht die Erzwingung einer momentanen Lohnaufbesserung ist es was uns frommt, sondern die festverankerte Mitarbeiterschaft an allen beruflichen Fragen, die Lohnfrage mit einbegreifen. Nur die Erfüllung dieser Forderung kann die Tarifgemeinschaften zu dem machen, was viele Arbeitgeber schon vorahnend befürchten, die übergroße Mehrzahl der Kollegen aber noch nicht einsehen.

Darum nochmals: ein Jahr intensiver Arbeit harret unser, tue darin jeder nach seinen Kräften seine Pflicht!

v. G.

Feuilleton.

Franz von Defregger †.

In den ersten Tagen des Jahres 1921 hat ein großer und liebenswürdiger Künstler und Mensch seine Augen für immer geschlossen: Franz v. Defregger, München ist am Sonntag, den 2. Januar gestorben. Gerade in unserm *papiergedulden* Zeitalter dürfte dieser Künstler wegen seines Jugendstreiches interessieren, der auch den geborenen graphischen Künstler ebenso veratet hat, wie seinerzeit den großen Kupferstecher Johann Friedrich Vogel, der mit Bleistift schon in Kupferstichmanier zeichnete.

Defregger wurde am 30. April 1835 in Tirol geboren, erreichte also ein Alter von 85 Jahren. Da er, wie Max Klinger, Leipzig eben so »vorsichtig in der Wahl seiner Eltern war«, hatte der »Sohn der Alpen« ebensowenig mit Armut, Not und Elend zu kämpfen gehabt, wie der »große Seestädter« in Leipzig: Max Klinger.

Defregger war ein bildschöner, begabter Knabe, brach in der schönen Natur seiner Heimat seine Knabenjahre zu und betätigte sich frühzeitig im Schnitzen und Zeichnen.

Als ihm sein wohlhabender Vater, der auf das Talent des Sohnes aufmerksam gemacht wurde, Bleistifte anschaffte, machte Franz im vierzehnten Jahre eine Banknote so täuschend nach, daß sie die Bauern nicht von den echten zu unterscheiden vermochten, was ihn beinahe in den Verdacht eines Falschmünzers gebracht hätte. — Der große Volkschriftsteller P. K. Rosegger hat dieses Ereignis in seiner in der »Gartenlaube« (1882) erschienenen Novelle »Der junge Geldwucherer« mit dem ganzen Glanz seiner volkstümlichen Feder geschildert.

Als Franz 22 Jahre alt war starb sein Vater und der schöne Bauernhof viel ihm zu. Aber Franz konnte mit dem Bleistift besser umgehen, als mit Ackerbau und Viehzucht, verkaufte also den Hof und ging zu einem Innsbrucker Bildhauer. Der sah aber ein, daß sich Defregger besser zum Maler eigne und nahm ihn 1860 mit nach München zu Piloty, dem früheren Lithographen. Erst mußte Defregger noch die Kunstgewerbeschule besuchen, dann die Akademie der bildenden Künste. Später wandte er sich nach Paris, kehrte aber schon 1864 wieder zu Piloty nach München zurück. Nun schuf er seine reizenden Jugendwerke, u. a. den Spektator mit seinem 12jährigen Buben, dann die »Brüder« und die »Ringer«, alle Bilder und Gestalten aus seiner Heimat. Nach seiner Verheiratung fesselte ihn zwei Jahre lang ein heftiger Gelenkrheumatismus ans Krankenlager. Durch die Naturheilmethoden wurde der Künstler wieder gesund und widmete ein schönes Madonnabild seiner Heimat. Es entstanden der berühmte »Ball auf der Alm« und das erschütternde »Letzte Aufgebot«, dann der »Zitherspieler«, »Die Rückkehr der Sieger« und das prächtige Bild »Der Todesgang Hofers«, sowie »Der Schmied von Kodel« und viele andere Bilder, wie »Antritt zum Tanze« usw. — Man muß auf Ausstellungen die große Beliebtheit der Defreggerschen Bilder selbst gesehen haben, wie Schreiber dieser Zeilen, um diesen großen Volkskünstler, der bei Münchner Künstlerfesten öfters den Albrecht Dürer darstellte, zu achten.

Im Jahre 1882, gelegentlich der ersten Bayerischen Landesausstellung, ging das »Volk« vor den großen Kartons Wilhelm v. Kaubachs u. a. vorbei, aber bei Defregger-Bildern da standen ganze Truppen beisammen und freuten sich über seine volkstümliche Kunst. Defregger war so volkstümlich und so volksbeliebt, daß selbst Tiroler Sänger- und Schuhplattlänzer-Truppen sich betitelt »D'Defregger«.

Und erst das *graphische Gewerbe* hatte Nutzen von Defregger, denn in allen vervielfältigenden Künsten und photomechanischen Reproduktionsverfahren wurden seine Bilder hergestelt, sogar für keramische Anziehbilder, als »Defregger Bilder« auf Pfeifenköpfe!

J. Meier-Durst.

Eingegangene Schriften.

In Vaters Hosen. Lustige Geschichten von Th. Thomas. Verlag Buchhandlung Vorwärts. Preis Mk. 8.—

Theodor Thomas, dessen besondere Begabung nach dieser Richtung hin sich schon des öfteren bewährt hat, hat eine ganze Anzahl launig erzählter Geschichten zu einem Buche vereinigt, das, ohne literarisch anspruchsvoll zu sein, geeignet ist, dem Leser eine vergnügte Stunde zu bereiten. Aus seiner eigenen Lehrlings-, Wander- und Gesellenzeit plaudert er, lächelnde Bilder aus Krieg und Frieden läßt er vorübergleiten. Seine Erzählweise ist schlicht, lebensschön in der Wirkung. Manches Stück hätte vielleicht hier und da ein wenig sorgfältiger durchgearbeitet sein können; aber dieser Mangel drückt das Niveau des Ganzen weiter nicht groß herab.

Die verjüngte Frau. Neue lustige Geschichten von Th. Thomas. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis Mk. 8.—

Dem ersten Band der lustigen Geschichten »In Vaters Hosen« folgt jetzt der zweite Teil welcher den humoristischsten Titel, »Die verjüngte Frau« führt. Genosse Thomas ist kein schlechter Schwätzer, in allen seinen Geschichten hat er uns etwas zu sagen: auch dort, wo wir nur glauben, lachen zu müssen, gibt er zu denken auf. Einige Geschichten in dem neuen Band sind von tiefem Empfinden diktiert, so »Die neue Mutter«. Aber auch in »Trude, der Lausbub« finden wir diesen Grundton wieder. In volkswirtschaftlichen Fröhlichkeiten zeigen die politischen Humoresken den Menschen, der humorvoll plaudern versucht, allen Gemütsnissen eine heitere Seite abzugewinnen. In anderen Geschichten, wie »Die Weibnachtsbescherung«. »Die verjüngte Frau«, schlägt der über-müthige Humor seine tollsten Purzelbäume.

